

## Freiheit fordert eigene Verantwortung

Freiheit ohne Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und für das Ganze ist in Gefahr verloren zu gehen. Verantwortliches Handeln in Freiheit fordert vom Einzelnen einen begründeten Standpunkt und ein hohes Ethos, auch wenn er damit möglicherweise allein steht.

Aber ist heute noch im Bewusstsein der Gesellschaft lebendig, dass Freiheit an personale Verantwortung gebunden ist? Oder weichen wir der Verantwortung lieber aus durch Anpassung und Übernahme von Vorgaben – von welcher Seite sie auch kommen – weil dies bequemer ist?

Es gibt unzählige Beispiele, die uns wach und unruhig machen sollten:

- Die **Initiative „Pro Reli“** erreichte in Berlin einen Volksentscheid über die Zulassung von Religionsunterricht als Alternative zum staatlich verordneten Unterrichtsfach Ethik. Der Berliner Senat startete mit Steuergeldern eine Gegenkampagne und rechnete daher mit der Bequemlichkeit seiner Bürger bei der Festsetzung eines ungünstigen Abstimmungstermins. Bequemlichkeit gepaart mit Gedankenlosigkeit und Unwissenheit veranlassten auch einen Teil der konfessionell gebundenen Berliner Bürger ein Stück Freiheit aufzugeben. Die Freiheit, die Entscheidung über die Werteerziehung ihrer Kinder in der Hand der Eltern zu lassen und nicht dem Staat zu übertragen. Um nichts anderes ging es den Initiatoren des Volksentscheids. Hier wurde leichtfertig ein verbrieftes Freiheitsrecht verspielt.
- Bei der viel propagierten **Wahlfreiheit für Eltern** bei der Einführung des 12- bis 14-monatigen Elterngeldes steht im Hintergrund, dass Eltern sich dem staatlich vorgegebenen Modell der Berufstätigkeit beider Elternteile unterordnen müssen, um in den Vorteil der Förderung zu kommen. Die Entscheidung für die Erziehung der Kinder in der Familie bringt finanzielle Nachteile. Das bedeutet: verantwortliches Handeln und Entscheiden zum Wohl der Kinder schränkt nicht nur Freiheit ein, sondern muss auch noch teuer bezahlt werden. **Wahlfreiheit wird über die Finanzen gesteuert!**
- Die derzeitigen **wirtschaftlichen Schwierigkeiten** von Großkonzernen und Großbanken, die auch Mittelstandsbetriebe treffen, sollen durch massive staatliche Hilfen und Eingriffe gemildert werden, ohne Rückfrage nach dem Verursacher der Misere. Wer trägt die Verantwortung solcher Misswirtschaft? Gleichzeitig werden staatliche Zwänge und Verfahren eingesetzt, die zu freiheitlichen Prinzipien im Widerspruch stehen.

Als Pädagoginnen sehen wir in solchen staatlichen Maßnahmen, die im Widerspruch zu Freiheit und Verantwortung stehen auch negative Einflüsse auf die Erziehung junger Menschen. Wie sollen sie dazu erzogen werden, Konsequenzen falschen Verhaltens zu tragen und richtiges Handeln anzustreben, wenn ihnen Politik und Staat vormachen, dass Verantwortungslosigkeit letzten Endes noch von der Allgemeinheit „belohnt“ wird mit Mitteln, die von der Bevölkerung erarbeitet wurden.

***Der VkdL fordert deshalb, dass Freiheit und Verantwortung auch im Handeln des Staates und der Parteien wieder Priorität bekommen müssen, um junge Menschen zu mündigen Bürgern mit Sinn für personale Freiheit und Verantwortung für die Gesellschaft zu erziehen.***